

Alte sind die neue Herausforderung



Der Tod eines Angehörigen oder das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess: Gründe für übermässigen Alkoholkonsum im Alter. Bild: laif

ALKOHOLKONSUM IM ALTER IST BESONDERS PROBLEMATISCH

Ältere Menschen vertragen den Alkohol schlechter als junge: Wegen des geringeren Körperwassergehaltes steigt der Alkoholanteil auch nach geringem Konsum ungleich rascher als bei einem jungen Menschen. Die Leber baut den Alkohol schlechter ab, und eine Wechselwirkung durch die Einnahme von Medikamenten – was im Alter immer wahrscheinlicher

wird – verschärft das Problem zusätzlich. Für den Alkoholabbau benötigt der Körper Sauerstoff. Auch die Sauerstoffaufnahme ist bei Menschen im fortgeschrittenen Alter vermindert. Die Folge in Kombination mit Alkohol: Man fühlt sich schneller schlecht und müde, die Konzentration lässt rascher nach. Bei Menschen, die erst im höheren Alter mit

dem Alkoholkonsum begonnen haben, erkennt oft erst der Hausarzt, die Spitex oder das Personal im Altersheim die Alkoholabhängigkeit. Der Arbeitsprozess ist vorbei, Familienangehörige, Freunde sind vielleicht bereits verstorben: Das soziale Umfeld, das auf das Problem hätte aufmerksam machen können, ist abhanden gekommen. (kal)

BERN. Alkoholismus im Alter: Das Problem ist erkannt, doch erforscht ist es wenig. Die nun ins Rentenalter eintretende Babyboomer-Generation wird die Situation verschärfen. Mit welcher Politik Bund und Kantone das Problem angehen wollen, scheint unklar.

KARIN LANDOLT

Ein Glas Rotwein ist gut fürs Herz, sagt sich der junge Alkoholgeniesser. Und auch der Arzt im Alterszentrum hat bestimmt nichts dagegen einzuwenden, wenn sich die Seniorin ihr tägliches Schlücklein genehmigt. Doch was, wenn aus dem einen Glas regelmässig ein Glas zu viel wird?

Hausärzte und Altersheime sind immer häufiger mit übermässigem Alkoholkonsum im Alter konfrontiert. Ein Problem, das sich mit der wachsenden Zahl der Rentnerinnen und Rentner noch verschärfen dürfte. Da Alkoholismus im Alter aber ein neueres Phänomen unserer Gesellschaft ist, gibt es nur wenige repräsentative Zahlen dazu. Immerhin gibt es eine Studie, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) und dem Institut für Sucht- und Gesundheitsforschung (ISGF) realisiert wurde – und deren Inhalt aufhorchen lässt: 9 Prozent der Männer zwischen 65 und 69 Jahren gelten als Alkoholiker, bei den Frauen sind es 6,6 Prozent. Die Kliniken stellen eine Verdoppelung der alkoholabhängigen Patientinnen und Patienten über 65 Jahren innerhalb von zehn Jahren fest. Waren es 2001 noch 4 bis 5 Prozent, sind es heute bereits 9 Prozent.

Einsamkeit im Alkohol ersäufen

Die Forel-Klinik, Kompetenzzentrum für Suchtkrankheiten in Ellikon an der Thur, beschäftigt sich seit 2007 konkret mit dem Problem und unterscheidet zwei Typen von Alkoholismus im Alter, wie Chefärztin Monika Ridinger sagt. «Es gibt einerseits die in die Jahre gekommenen Alkoholiker, und es gibt jene, die erst im Pensionsalter übermässig Alkohol konsumieren, häufiger Frauen als Männer und oft in Kombination mit Medikamenten.» Die möglichen Ursachen seien Vereinsamung, denn die Pensionierung habe oft eine geringere Teilnahme am öffentlichen Leben zur Folge. Grund könne aber auch eine Trennung oder der Tod des Partners sein.

Alkoholkonsum im Alter birgt neben der Abhängigkeit an sich zusätzliche Risiken: Stürze sind gravierender als in jungen Jahren, eine bereits vorhandene Krankheit wie Bluthochdruck, Diabetes, Krebs oder Depression verstärkt sich durch chronischen

Alkoholkonsum. Die Verwahrlosungstendenz erhöht sich, weil es Betroffenen an der Tagesstruktur und einer sozialen Kontrolle fehlt.

Neue Wege in der Therapie

Weitere Herausforderungen stellen sich bei den Therapiezentren. «Es braucht neue Behandlungskonzepte und -methoden, weil Alkoholiker im Rentenalter in Gruppentherapien bald einmal die Mutter- oder Vaterrolle gegenüber jüngeren Patienten übernehmen und so von ihrem eigenen Problem abgelenkt werden.» Ausserdem bräuchten sie keine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Nicht selten steckt die Spitex im Dilemma: Soll die aufsuchende Pflegerin dem alkoholkranken Patienten bei der Beschaffung von Hochprozentigem behilflich sein oder nicht? Die nationale

«Die Zahl der alten Alkoholpatienten in den Kliniken hat sich verdoppelt»

Monika Ridinger, Forel-Klinik

Suchtpolitik und die kantonalen Suchtkonzepte müssen der neuen Herausforderung Rechnung tragen.

Dass diese auch für die Volkswirtschaft Konsequenzen hat, liegt auf der Hand. Darum hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine Problemlasterhebung in Auftrag gegeben, welche die Grundlage für neue Wege im Bereich Sucht und Alter liefert. Es fördert zudem im Rahmen seines «Impuls- und Entwicklungsfonds» Projekte wie die Präventionskampagne «Sensor – erkennen und handeln» im Kanton Luzern mit 100 000 Franken. Weitere Projekte, die den Heimen und Spitälern wichtige Grundlagen für die Praxis bieten, gibt es schweizweit inzwischen viele verschiedene. Doch koordiniert ist wenig. Darum finanziert der Bund eine von verschiedenen Suchtfachstellen initiierte Website mit Informationen für Betroffene, Angehörige und Fachleute. Sie soll im Frühjahr aufgeschaltet werden. Immerhin. Doch noch fehlt die Strategie, wie dem Problem langfristig begegnet werden soll.

IN KÜRZE

SVP will ein neues AKW

BERN. In ihrer Energiestrategie setzt die SVP weiterhin auf die Atomkraft: Sie fordert ein Atomkraftwerk der neusten Generation um das Jahr 2030. Zugleich sollen aber auch die Wasserkraft und andere erneuerbare Energieträger ausgebaut werden. Die Energiestrategie des Bundesrates mit Atomausstieg lehnt die SVP als planwirtschaftlich und utopisch ab. Die Partei präsentierte deshalb gestern in Bern ein Positionspapier zur Energiepolitik, das als Grundlage für die parteiinterne Diskussion dienen soll.

Umstrittene Gebühr

BERN. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Radio- und Fernsehgebühr für alle – auch für Nichtbesitzer von herkömmlichen Empfangsgeräten – hat sowohl Befürworter als auch vehemente Gegner. Dies zeigt die Vernehmlassung zur Teilrevision des Radio- und TV-Gesetzes. Heute beträgt die Empfangsgebühr für Haushalte rund 462 Franken pro Jahr. Künftig würde sich der jährliche Betrag auf rund 400 Franken verringern. (sda)

Nothilfe nur für renitente Asylsuchende

BERN. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates ist im Unterschied zum Nationalrat gegen ein reines Nothilfe-Regime im Asylwesen.

Als Kompromiss in der Asyldebatte schlägt die Staatspolitische Kommission (SPK) vor, die Nothilfe auf renitente und abgewiesene Asylsuchende zu beschränken. Alle anderen Asylbewerber sollen jedoch weiterhin mit einer reduzierten Sozialhilfe unterstützt werden. Die vorberatende Kommission des Ständerates wolle die vom Nationalrat beschlossene Verschärfung nicht mittragen, weil sie nicht angemessen sei, sagte Kommissionspräsident Robert Cramer (Grüne, GE) gestern Abend vor den Medien in Bern.

Der Nationalrat hatte im Juni nach einer langen und hochemotionalen Debatte die Streichung der Sozialhilfe für alle Asylsuchende beschlossen. Die Kommission wolle aber auch nicht am Status quo festhalten, da der national-

rätliche Entscheid eine Beunruhigung in der Bevölkerung ausdrücke, sagte Cramer weiter. Deshalb will die Staatspolitische Kommission klar im Gesetz festhalten, dass die Sozialhilfe für Asylsuchende geringer ausfallen muss als die reguläre Sozialhilfe. In der Praxis sei das schon heute so geregelt, sagte Cramer. Die Reduktion für Asylsuchende soll nach dem Willen der Kommission rund 30 Prozent betragen. Der Prozentsatz wird jedoch nicht im Gesetz erwähnt.

Die Gründe für eine Reduktion

Weniger oder gar keine Sozialhilfe erhalten soll aber, wer sich renitent verhält. Das sei zwar schon heute möglich, erklärte Cramer. Doch in Zukunft sollen die Behörden dazu verpflichtet sein, die Sozialhilfe in solchen Fällen zu reduzieren oder zu streichen. Die Kommission listet konkret auf, wann es unbedingt zu einer Reduktion kommen muss: etwa bei kriminellem Verhalten, Nicht-Kooperation oder wenn ein Asylbewerber gegenüber den Behörden fal-

sche Angaben macht. Damit würden ehrliche Asylbewerber nicht für das Verhalten von delinquenten Personen bestraft, sagte Cramer. Die Entscheide seien «im Konsens» gefallen, sagte Cramer. Genaue Abstimmungsergebnisse wollte er nicht bekannt geben.

In einer ersten Sitzung vor drei Wochen vertagte die Kommission das Geschäft noch, um sich zuerst ein Bild der Nothilferegulungen in der Schweiz zu verschaffen. So hörte sie zur Beurteilung des nationalrätlichen Vorschlags Praktiker aus den Kantonen und grossen Städten an. Einhellig beurteilten diese laut Cramer das Nothilferegime ohne Sozialhilfe als nicht praktikabel. Befragt wurden unter anderem Vertreter der Sozialdirektorenkonferenz und des Städteverbands. Dabei stiess die Kommission auch auf beträchtliche Unterschiede in der Nothilfe. Im Gegensatz zur Sozialhilfe ist die Nothilfe von Kanton zu Kanton unterschiedlich geregelt. Manche richten nur acht Franken aus, wobei auch reine Sachleistungen möglich sind. (sda/red)

FDP schnappt SP Stadtratssitz weg

SCHAFFHAUSEN. Nach der gestrigen Nachzählung bei den Schaffhauser Stadtratswahlen steht nun definitiv fest: Der Schaffhauser Baureferent Peter Käppler (SP) ist abgewählt. Er erhielt 25



Stimmen weniger als Raphaël Rohner (FDP), der neu in die fünfköpfige Stadtregerung einzieht (Bild). Weil am Sonntag die Differenz zwischen den beiden Kandidaten kleiner war als 0,3 Prozent der abgegebenen Stimmen, musste nochmals nachgezählt werden. Diese Differenz hat sich bei der Nachzählung nicht verändert, wie das Wahlbüro mitteilt. Raphaël Rohner erhielt 4859 Stimmen, Käppler unterlag im Kopf-an-Kopf-Rennen mit 4834 Stimmen. Der 51-jährige amtierende Baureferent ist seit 2005 Stadtrat. Seitdem hat er auch einen Sitz im Kantonsrat. Der 54-jährige Raphaël Rohner ist seit 1998 Mitglied des Grossstadtrats und zurzeit dessen Präsident. (red)